

Stadt Eberswalde · Stadtverordnetenversammlung
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

c/o Mirko Wolfgramm, Spreewaldstraße 6, 16227 Eberswalde

Tel.: (0172) 3811257, eMail: mirkewolfgramm@gmx.de, Fraktionsassistent: fraktionsassistent@gerd-markmann.de

Eberswalde, 8. Dezember 2021

Änderungsantrag zur BV/0534/2021 Haushaltssatzung 2022/23

Einstellung von Mitteln für die Weiterführung des Livestreams der StVV

Beratungsfolge:

Hauptausschuß	09.12.2021	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	14.12.2021	Beratung und Beschlußfassung

Beschlußvorschlag:

Für die Weiterführung des Live-Streams der Stadtverordnetenversammlung werden für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 jeweils 34.300 Euro eingestellt.

Sachverhaltsdarstellung:

Mit dem Livestreaming der Stadtverordnetenversammlungen wurde den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit gegeben, die Aktivitäten ihrer gewählten Volksvertreter zu verfolgen, ohne sich persönlich auf den Weg zur Tagungsstätte machen zu müssen.

Zusätzlich hatten alle Interessierten die Möglichkeit, die Stadtverordnetenversammlung auch zeitversetzt zu verfolgen und gegebenenfalls für sie wichtige Passagen sich wiederholt anzuschauen und anzuhören.

Der Livestreaming war zunächst probeweise eingerichtet worden. Eine Anfrage zum Zwischenstand bis Mitte des Jahres ergab, daß sich die Nutzung des Streamingangebotes in Grenzen hielt. Die Gründe wurden nicht analysiert. Auch gab es keine Informationen, wie sich die Nutzung im weiteren entwickelte. Eine Beschlußvorlage zur Weiterführung des Livestreaming wurde nicht vorgelegt. Ein Bericht über die Erfahrungen der Probephase wurde ebenfalls nicht vorgelegt. Vielmehr verschwindet das Transparenzangebot für die Bürgerinnen und Bürger sang- und klanglos.

Mit der Einstellung der bisher für das Livestreaming verwendeten Mittel für die beiden Haushaltsjahre 2022 und 2023 werden die Voraussetzungen geschaffen, das Livestreaming der StVV auch in Zukunft weiter fortzuführen. Da dem Beschluß zum probeweisen Streaming die Fortsetzungsoption fehlt, wird ein neuer Beschluß der Stadtverordnetenversammlung notwendig werden. Um dafür den nötigen finanziellen Rahmen bereitzustellen, soll im Haushalt 2022/23 die entsprechende Summe eingestellt werden.

Zu prüfen wäre dann, ob es ggf. preiswertere Angebote gibt oder ob die Leistungen insgesamt oder teilweise durch die eigenen Fachleute der Stadtverwaltung erbracht werden können. Zumal die tatsächlichen Kosten offenbar ohnehin niedriger sind als geplant. Zuletzt waren sie mit 2.126,44 € pro Sitzung angegeben. Das sind bei 10 Stadtverordnetenversammlungen im Jahr nur 21.264,40 Euro, also etwa 12.000 Euro weniger als im weggesparten Planansatz vorgesehen waren. Da kein Bericht zu den Ergebnissen der Probephase vorliegt, bleiben das allerdings Vermutungen.

Aus den Erfahrungen der Probephase wären gewiß auch inhaltliche Änderungen vorzuschlagen, was aber der erwähnten künftigen Beschlußvorlage vorbehalten bleiben sollte.

Zur Kostendeckung schlagen wir vor, auf eingesparte Mittel für nicht besetzte Stellen aus dem aktuellen Haushaltsjahr oder auf die Mittel in der Rücklage zurückzugreifen.



Mirko Wolfgramm
Fraktionsvorsitzender